

## Analyse

# Kein politisches Testament, aber ein paar Wahlgeschenke. Putins achte Botschaft an die Nation

Hans-Henning Schröder, Bremen

## Reformprogramm und Gesprächsangebot

Am Donnerstag, dem 26. April, legte Präsident Putin den beiden Häusern des russischen Parlaments, wie von der Verfassung vorgeschrieben, seinen alljährlichen Bericht zur Lage der Nation vor, die „Botschaft an die Föderalversammlung der Russischen Föderation“. Siebenmal hat Putin dies in seinen beiden Amtszeit bereits getan und immer wieder hat er die Gelegenheit benutzt, Reformen anzukündigen und Missstände zu kritisieren.

Sein achter und voraussichtlich letzter Bericht machte in deutschen Medien vor allem mit der Meldung Schlagzeilen, Putin wolle aus dem KSE-Vertrag aussteigen. Eine Tatarennachricht, die die Aussagen des Präsidenten entstellte und zugleich seine eigentlich skandalösen Bemerkungen – die Denunziation der innerrussischen Opposition als antinational und vom Ausland gelenkt – in den Hintergrund drängte. Insgesamt präsentierte Putin in seinem Bericht ein politisches Potpourri – nach innen verteilte er Mittel für soziale Anliegen und regte den Ausbau der Industrie und die Förderung von Wissenschaft an, nach außen forderte er Gespräche über europäische Sicherheit ein und offerierte einen breiten Dialog über Wirtschaftsaustausch im eurasischen Raum.

## Politisches Allerlei

Der Präsident sprach diesmal 72 Minuten – zehn Minuten länger als im Jahr zuvor – und konstatierte mit Befriedigung, dass Russland nach Überwindung der schwierigen Übergangsepoche nun ein „neues Leben“ baue, und dass die Lage sich allmählich zum besseren wende. Damit schlug er den Grundton für den ganzen Bericht an – positiv und optimistisch, ohne die scharfe Kritik an Missständen, wie Putin sie in den Jahren zuvor geäußert hatte. Inhaltlich sprach er eine Vielzahl von Themen an:

- Er kommentierte die bevorstehenden Dumawahlen, bei denen erstmals nur das Verhältniswahlrecht angewandt wird, und beschrieb dieses Verfahren als echte Chance für Opposition. In diesem Zusammenhang erlaubte er sich einen böartigen Ausfall gegen die demokratische Opposition und das Ausland, dem er pauschal Unterwanderungsabsichten unterstellte.  
„Ich sage es geradezu – nicht allen gefällt die stabile, fortschreitende Entwicklung unseres Landes. Es gibt

*solche, die unter geschickter Nutzung pseudodemokratischer Phraseologie, die gerade vergangene Zeit zurückholen wollen. Die einen, damit sie wie früher ungestraft die gesellschaftlichen Reichtümer stehlen, Volk und Staat ausplündern können. Die andern, um unseren Land die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit zu nehmen.*

*Es nimmt der Zufluss von Geld aus dem Ausland zu, das für direkte Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten eingesetzt wird. Wenn man zurückblickt, was in früheren Zeiten geschah, dann sieht man, dass in der Epoche des Kolonialismus die Kolonialländer von ihrer so genannten zivilisatorischen Rolle gesprochen haben. Heute bewaffnet man sich mit demokratischen Lösungen. Aber das Ziel bleibt gleich – die Durchsetzung einseitiger Vorrechte und des eigenen Vorteils, die Sicherung eigener Interessen.“*

- Nach dieser skandalösen Bemerkung wandte sich der Präsident wieder der positiven Seite zu, er verwies auf Fortschritte bei der Einführung kommunaler Selbstverwaltung und die Intensivierung des Dialogs mit Nichtregierungsorganisationen, bei denen auch die neu gegründete Bürgerkammer eine große Rolle gespielt habe.
- Besonderes Augenmerk legte die Botschaft diesmal auf die Lage der russischen Kultur und der Geisteswissenschaften, deren Bedeutung er hervorhob und für die er eine Reihe von Förderungsmaßnahmen vorschlug.
- Für die „nationalen Projekte“, Förder- und Schwerpunktprogramme in vier kritischen Problembereichen (Gesundheit, Landwirtschaft, Bildung, Wohnungsbau) fand der Präsident lobende Worte. Der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft kündigte er speziell ein Ausgabenprogramm in Höhe von 250 Mrd. Rubel an.

- Der Stabilitätsfond, der sich aus den Einnahmen für Energieexporte speist und der ursprünglich als Rückhalt für die Stabilisierung der Währung und der Wirtschaftsentwicklung gedacht war, soll in Zukunft auch für die Besserung der sozialen Situation genutzt werden, u.a. zur Sicherung und Erhöhung der Renten – zur Bildung eines „Rentenkapitals“ für die Bürger.
- In der Wirtschaftspolitik unterstreicht der Bericht die Absicht, in Zukunft die Rohstoffwirtschaft durch den Ausbau innovativer, verarbeitender Industrien zu ergänzen. Der Präsident will die nationale Infrastruktur verbessern, den Nutzungsgrad der Energieproduktion steigern und den Ausbau von Hochtechnologiebetrieben forcieren. In diesem Zusammenhang erinnert der Präsident auch wieder an die Bedeutung von Kleinunternehmen. Er fordert, die erhebliche technologische Kompetenz von Flugzeug- und Schiffbauindustrie besser zu nutzen, die Elektroenergie auszubauen und das Verkehrssystem leistungsfähiger zu machen. Gewicht legt die Botschaft schließlich auf die Förderung der Wissenschaft und hebt dabei besonders die Nanotechnologie hervor.
- Auch von den Streitkräften weiß der Bericht Positives zu vermelden. Die Umstrukturierung mache Fortschritte – 2007 seien bereits zwei Drittel des Personals Berufs- oder Zeitsoldaten. Ihre soziale Sicherung und der weitere Ausbau der Streitkräfte werden in der Botschaft zugesichert. Bis 2010 sollen alle Soldaten mit Wohnungen versorgt sein.
- In diesem Kontext geht der Präsident auch auf den modifizierten KSE-Vertrag ein, der 1999 in Istanbul unterzeichnet, von den NATO-Staaten bisher aber noch nicht ratifiziert worden ist. Er moniert, dass die Slowakei und die baltischen Ländern dem Abkommen nicht beigetreten sind. Und kündigt an, dass Russland den nicht in Kraft getretenen Vertrag zunächst nicht weiter erfüllen und die strittigen Fragen im NATO-Russlandrat erörtern werde. Die Frage der Stationierung amerikanischer Raketenabwehrsysteme in Polen und Tschechien möchte er parallel dazu in der OSZE erörtern. Die OSZE will er wieder mit realem Inhalt füllen.
- Der Präsident geht schließlich noch auf Fragen der Außenpolitik ein. Hier geht es vor allem um die Stärkung der Beziehungen in der GUS. Doch Putin hebt auch die Partnerschaft mit der EU hervor. Diese soll in einem neuen Vertrag über strategische Partnerschaft – also der Fortsetzung des im Dezember auslaufenden Partnerschafts- und Kooperationsabkommen – befestigt werden.

## Wahlgeschenke

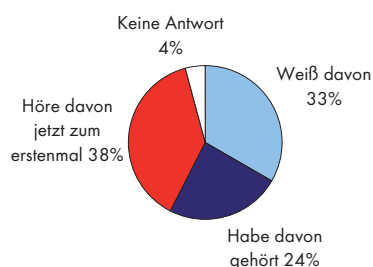
„Wer vieles bringt“, heißt es, „wird allen etwas bringen“. Putins achte Botschaft an die Nation müht sich, der Devise des Theaterdirektors aus Goethes Faust gerecht zu werden. Sie ist nicht der Versuch, die politische Bilanz zweier Amtszeiten zu ziehen, sie entwirft auch keine politische Vision, sie betreibt bloß politisches Alltagsgeschäft im Vorwahljahr. Und so muss man auch einige Passagen deuten, etwa die gefälligen Bemerkungen zu den „nationalen Projekten“, die von Dmitrij Medwedjew betreut werden, einem der beiden Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Prätendenten auf die Nachfolge Putins. In der Tat ist im Rahmen der „nationalen Projekte“ bisher wenig bewegt worden und die Bevölkerung äußert sich in Meinungsumfragen vergleichsweise kühl. Der Zuschuss für Wohnungs- und Kommunalwirtschaft zielt denn auch wohl auf eine Unterstützung des Kandidaten Medwedjew. Sein Mitbewerber Sergej Iwanow, auch er Erster Stellvertretender Ministerpräsident, ehemaliger Verteidigungsminister und zuständig für Hochtechnologie und Rüstungsindustrie, wird mit dem Schwerpunkt Wissenschaft und Industrieausbau bedacht. Die positive Bewertung der Lage in den Streitkräften und die Verkürzung der Wehrdienstzeiten zielt auch auf Unterstützung Iwanows und übergeht elegant die inneren Probleme der Armee, insbesondere die endemische Soldatenschinderei durch Vorgesetzte und „Kameraden“ – einer der Gründe dafür, dass sich jeder Wehrpflichtige, der die Möglichkeit sieht, dem Dienst entzieht. Die Nutzung des Stabilitätsfonds zur Sicherung der Renten gehört ebenfalls in den Kontext der Meinungsmache vor den Wahlen. Immerhin waren es im Januar 2005 Rentner, die landesweite Proteste gegen die Umstrukturierung der Rentenzahlungen veranstaltet hatten, auf die die Regierung seinerzeit mit einem Rückzug reagiert hatte.

Putins Vorschläge zur besseren Nutzung der Bodenschätze atmen den Charme der Brezhnew-Ära: Öl und Gas sollen stärker als bisher im eigenen Lande weiterverarbeitet werden und als Nebenprodukt gefördertes Gas soll nicht einfach abgefackelt werden. Nicht falsch, aber schon von Leonid Brezhnew wiederholt thematisiert. Immerhin weisen die Forderungen nach Ausbau der verarbeitenden Industrie und Wiederaufbau der Wissenschaft politisch in die Zukunft.

## KSE-Vertrag, OSZE und PKA

Im auswärtigen Teil der Botschaft setzt Putin das fort, was er bereits in seiner Münchener Rede angerissen hat. Russland beansprucht in europäischen Sicherheitsfragen ein Mitspracherecht. Die Präsenz der USA

Haben Sie gehört, dass sich Präsident Putin am 26. April 2007 mit einer Botschaft an die Nation gewandt hat?



in Ostmittel-europa – auf Basis bilateraler Abmachungen, also nicht durch NATO, OSZE oder KSE-Verträge

eingebunden – wird von der russischen Seite offenbar als Problem aufgefasst. So sind denn auch Putins Vorstöße zu verstehen:

- Er will die Ratifizierung des KSE-Vertrags, am besten unter Einschluss der Slowakei und der baltischen Staaten, die bisher keine Vertragspartner sind. Bisher haben die NATO-Staaten die Ratifizierung des 1999 in Istanbul unterschriebenen Vertrags vom Rückzug russischer Truppen aus Moldowa und Georgien abhängig gemacht. Der NATO-Russlandrat ist das Gremium, in dem Putin diese Frage diskutieren will.
- Die russische Führung will eine Diskussion der Stationierung amerikanischer Raketenabwehrsysteme im Rahmen der OSZE, die sie insgesamt aufwerten will.
- Putin unterstreicht den Wunsch, in die Verhandlungen für das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der Europäischen Union (PKA), das zur Neuverhandlung ansteht, einzutreten. Bisher konnten die Gespräche darüber nicht beginnen, weil Russland den Import von polnischem Fleisch unterbunden hat und Polen vor Eintritt in die Verhandlungen die Aufhebung des Boykotts fordert.

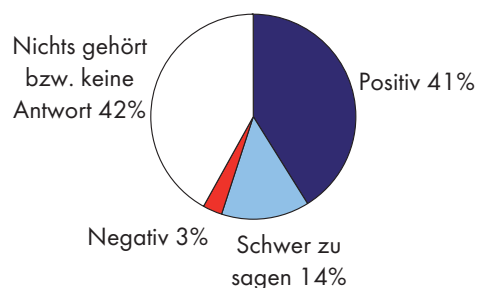
Das, was Russland offenbar anstrebt, ist eine Neuregelung europäischer Sicherheitspolitik unter maßgeblicher russischer Beteiligung und die Einhegung amerikanischen Vordringens in Osteuropa im Rahmen einer umfassenden Sicherheitsstruktur. Dass Putin dabei die gerade von seinem Außenminister totgesagte OSZE wiederbeleben will, ist nicht ohne eine gewisse Pikanterie. Außenminister Sergej Lawrow wehrte sich gegen die Menschenrechtspolitik und die Wahlbeobachtung der OSZE. Putin möchte sie jetzt als europäisches Sicherheitsinstrument reaktivieren. Dass sich diese Politik eher gegen die USA

als gegen die EU wendet, wird aus der Putinschen Verhandlungsofferte an Brüssel deutlich.

### Was fehlt?

bleibt die Frage, was in der Jahresbotschaft von 2007 nicht erwähnt wird. Und das ist viel. So äußerte sich Putin nicht über die Restrukturierung des Parteiensystems, die gerade vor sich geht. Er greift nicht das Thema Armut auf. Gewiss, hat es beim Abbau von Armut durch das fortgesetzte Wirtschaftswachstum erhebliche Fortschritte gegeben, doch immer noch geben 12% der Bevölkerung an, dass ihr Budget nicht für Lebensmittel reiche und weitere 34%, dass sie sich zwar Lebensmittel, aber keine Kleidung leisten könnten. Auch das Thema Korruption berührte er nur einmal im Vorübergehen. In früheren Jahresbotschaften hatte er sich sehr viel deutlicher geäußert. Im April 2005 z.B. erklärte er, es gäbe „grobe Verletzungen von Unternehmerrechten, und fallweise auch einfach offene Erpressung von Seiten der staatlichen Strukturen“, um dann fortzufahren: „Die Übergabe des Landes in

Hat Präsident Putins Botschaft an die Nation einen positiven oder negativen Eindruck auf Sie gemacht?



die Verfügungsgewalt einer ineffizienten, korrupten Bürokratie gehört nicht zu unseren Plänen.“

Auf solche kritischen Aussagen wartete man dieses Jahr vergebens – kein böses Wort über die Bürokratie, keine Kritik an der stockenden Reform des Gesundheitswesens und der weit verbreiteten Fremdenfeindlichkeit. Putins achte und voraussichtlich letzte Botschaft an die Föderalversammlung berichtete vor allem Gutes. Und hier zeigt sich die politische Begrenztheit des zweiten russischen Präsidenten. Seine Rede ist diktiert von taktischen Gesichtspunkten – nichts Schlimmes im Wahljahr, keine schlafenden Hunde wecken –, eine politische Version erwartet man von ihm vergebens.

### Über den Autor

Prof. Dr. Hans-Henning Schröder lehrt Osteuropäische Geschichte an der Universität Bremen.

Quelle für die Diagramme im Text: Umfrage der Stiftung Öffentliche Meinung (FOM) vom 28.–29. April 2007  
[http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0718/domi0718\\_2/d071821](http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0718/domi0718_2/d071821)